



Hermann Wally



Hermann Greylinger



Walter Haspl



Herbert Leisser



Erwin Penker

Terrorgefahr - Antrag des ZA s.u. und Presseaussendung der PG

ZA - Info

www.fsg4you.at
Jänner 2015

MDL-Reduzierung? BM.I kürzte Üst-Punkte um 13%



Anzeigenaufnahme

Seit 1. Jänner 2015 steht das Formular der „Beschleunigten Anzeigenaufnahme (BA)“ zur Verfügung. Dieses besteht aus 3 Teilen. Dem „Amtlichen Deckblatt“, der „Vernehmung“ und der „Anzeigenbestätigung“. Das Formular wird von der Staatsanwaltschaft anerkannt und ersetzt die Vernehmung (gem. § 153 StPO).

Die Verwendung des BA-Formulares ist nicht zwingend vorgeschrieben und kann nur bei strafbaren Handlungen gegen fremdes Vermögen und Tatbeständen im Sinne der §§ 229 (Urkundenunterdrückung) und 241e Abs. 3 (Entfremdung unbarer Zahlungsmittel) StGB – ohne erkennbaren Ermittlungsansatz – verwendet werden. Siehe umseitiges Muster!

Zentralausschuss / FSG

für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens im Bundesministerium für Inneres
1010 Wien, Herrengasse 7
Tel. 01/53126/3273
BMI-ZA-Polizei-FSG@bmi.gv.at

Hermann Wally
ZA u. FSG-Vorsitzender

Das BM.I wies am 18.12.2014, im Zuge einer Videokonferenz alle Landespolizeidirektionen an, dass für das Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 eine Reduktion der Mehrdienstleistungen/Überstundenpunkte in einer Höhe von 13% vorzunehmen sei.



In Anbetracht der derzeitigen Terrorbedrohung in Europa - insbesondere der Vorfälle in Frankreich - ist dies sicherlich der falsche Weg. Die **FSG** forderte daher, dass der zitierte Sparerlass umgehend aufgehoben wird, was schließlich auch erreicht werden konnte. Der Sparerlass wurde vom BM.I am 14. Jänner 2015, vorläufig ausgesetzt. Über den weiteren Verlauf werden wir informieren!

Bundeskanzler Faymann und Innenministerin Mikl-Leitner haben im Zusammenhang mit der Terrorgefahr mehr Budget für die Bundespolizei zugesagt. Dazu gehört jedenfalls

1. mehr **Personal**,
2. bessere und **moderne Technologie** für Internet u Tel. Überwachung,
3. Anpassung der **rechtlichen Voraussetzungen**, sowie der weitere
4. Ausbau einer **adäquaten Schutzausrüstung** für PolizistInnen.

Das sind jene Punkte, welche die PV und die PG seit Jahren fordern!

Schade, dass immer erst solche Ereignisse die Politik wachrütteln!

Siehe auch Presseaussendung der PG in der Anlage.



Antwortschreiben des BM.I

zum Antrag des ZA hinsichtlich EDV-Problematiken - Fragen 1 bis 19. Die gegenständliche Antwortdatei des BM.I ist der Aussendung angeschlossen. **Siehe Anlage.**

Die **FSG** im ZA gibt sich mit diesen Antworten nicht zufrieden, da die Realität im Alltagsbetrieb anders aussieht. Hier müssen vom BM.I unbedingt die erforderlichen Schritte für eine leistungsfähige EDV gesetzt und die nötigen Budgetmittel bereitgestellt werden.

Anträge:

Der ZA stellt im Zusammenhang mit der gegenständlichen Terrorbedrohung in Europa den Antrag auf eine Sicherheitsoffensive im Bereich der Bundespolizei.

Der FA Oberösterreich:

Stellt den Antrag auf Streichung der in den §§ 4/1/3 und 9/2 des WHG enthaltenen Klauseln (10 Tagesfrist und „ausgenommen bei Schmerzengeld“).

Der FA Kärnten:

Stellt den Antrag auf Zuerkennung der Gefahrenzulage für VB der EGFA 4.

Der FA Kärnten:

Stellt den Antrag auf Zuweisung von Stirnlampen für PDHF.

Der FA Kärnten:

Stellt den Antrag auf Normierung von Overalls für PDHF als Massasorte.

Der FA Tirol:

Stellt den Antrag auf Einführung eines GSOD - Einsatzanzuges für die Fahrbereitschaft und den KvD.

Ver- und Besetzungen:

Im Zentralausschuss wurden 5 bundesländerübergreifende Versetzungen und 7 Funktionsbesetzungen behandelt.



Für mehr Fair-Play - FSG
Weitere Infos unter www.fsg4you.at

Muster „Beschleunigte Anzeigenaufnahme“ – (BA)

<p>.LPD REPUBLIK ÖSTERREICH LANDESPOLIZEIDIREKTION</p> <p>GZ: am</p> <p>Beschleunigte Anzeigenaufnahme – (BA) (Amtliches Deckblatt)</p> <p>Weiterleitung zur Finalisierung an:</p> <p>..... (Anschrift)</p> <p>Anzeigebestätigung <input type="checkbox"/> wurde ausgefolgt <input type="checkbox"/> wurde nicht ausgefolgt.</p> <p>Die Opfer-/Zeugenbelohnung erfolgte im Zuge der Vernehmung und durch Aushändigen des Informationsblattes für Opferrechte.</p> <p>Da zum Zeitpunkt der Entgegennahme der Meldung der strafbaren Handlung keine konkreten Ermittlungsansätze feststellbar sind, erfolgt die Erfassung und Finalisierung des Aktes zu einem späteren Zeitpunkt.</p> <p><input type="checkbox"/> Ausschreibungen sind nicht möglich, da keine ausschreibungsfähigen Sachen entfremdet wurden bzw. die individuellen Nummern nicht feststellbar sind.</p> <p><input type="checkbox"/> Folgende EKIS/SIS-Ausschreibungen sind zu veranlassen:</p> <p><input type="checkbox"/> Reisepass <input type="checkbox"/> Personalausweis <input type="checkbox"/> Führerschein <input type="checkbox"/> KFZ-Kennzeichentafel/n</p> <p><input type="checkbox"/> Fahrzeug <input type="checkbox"/> Mobiltelefon <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/> Folgende Delikte sind zu protokollieren:</p> <p><input type="checkbox"/> § 125 StGB <input type="checkbox"/> § 126 StGB <input type="checkbox"/> § 127 StGB <input type="checkbox"/> § 128 StGB</p> <p><input type="checkbox"/> § 129 StGB <input type="checkbox"/> § 229 StGB <input type="checkbox"/> § 241e StGB <input type="checkbox"/> § 134 StGB</p> <p>Bearbeiter/in: Dienstellenleiter/in:</p> <p>Beschleunigte Anzeigenaufnahme Formularversion Seite 1 von 1</p>	<p>.LPD REPUBLIK ÖSTERREICH LANDESPOLIZEIDIREKTION</p> <p>GZ: am</p> <p><input type="checkbox"/> Zuerstvernehmung</p> <p>Beschleunigte Anzeigenaufnahme – (BA) VERNEHMUNG</p> <p>Ort der Vernehmung:</p> <p>Beginn der Vernehmung:</p> <p>Leiter/in der Amtshandlung/Vernehmung:</p> <p>Sprache: Dolmetsch erforderlich:</p> <p>Sonst. anwesende Personen:</p> <p>Daten: <input type="checkbox"/> Opfer (gemäß § 65 Z. 1 i c SPO) / <input type="checkbox"/> Anzeigeführer</p> <p>Familiennamen/n:</p> <p>Geschlecht: <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich</p> <p>Vorname/n:</p> <p>Akad. Grad / Titel:</p> <p>Tag, Monat, Jahr der Geburt:</p> <p>Ort, Bezirk, Land der Geburt:</p> <p>Staat:</p> <p>Staatsangehörigkeit:</p> <p>Wohnort: Straße, Hausnr., Stiege, Tür:</p> <p>Postleitzahl, Ort, Bezirk:</p> <p>Adresse ist: <input type="checkbox"/> Hauptwohnsitz <input type="checkbox"/> Nebenwohnsitz</p> <p>Telefonnummer/n:</p> <p>eMail-Adresse/n:</p> <p>Legitimation durch:</p> <p>Belehrungen / Hinweise / Erklärungen:</p> <p>Opfer haben - unabhängig von ihrer Stellung als Privatbeteiligte - das Recht,</p> <ol style="list-style-type: none"> sich verhalten zu lassen (§ 73 SPO), Akteneinsicht zu nehmen (§ 86 SPO), vor ihrer Vernehmung vom Gegenstand des Verfahrens und über ihre wesentlichen Rechte informiert zu werden (§ 70 Abs. 1 SPO), von Fortgang des Verfahrens verständigt zu werden (§§ 25 Abs. 3, 177 Abs. 5, 194, 197 Abs. 3, 206 und 208 Abs. 3 SPO), Übersetzungshilfe zu erhalten, für die § 56 SPO anzuwenden ist, an einer kontradiktorischen Vernehmung von Zeugen und Beschuldigten (§ 165 SPO), an einer Befundaufnahme (§ 127 Abs. 2 SPO) und an einer Tatprotokollaufnahme (§ 150 Abs. 1 SPO) teilzunehmen, während der Hauptverhandlung anwesend zu sein und Angeklagte, Zeugen und Sachverständige zu befragen sowie zu ihren Ansprüchen gehört zu werden, die Fortführung eines durch die Staatsanwaltschaft eingestellten Verfahrens zu verlangen (§ 195 Abs. 1 SPO). <p>Opfer sind weiter berechtigt, sich dem Verfahren mit einem Schadenersatzanspruch als Privatbeteiligte anzuschließen.</p> <p>Ich wurde weiter darauf hingewiesen, dass die vorstehenden Rechte gegebenenfalls ausdrücklichen gesetzlichen Einschränkungen unterliegen können.</p> <p>Akteneinsicht auf der bearbeitenden Dienststelle ist nur nach vorheriger Terminvereinbarung und nur bis zur Entlastung des Abschlussberichtes an die Staatsanwaltschaft möglich.</p> <p>Ich wurde darüber informiert, dass das wesentliche Verlöschen der Begehung einer mit Strafe bedrohten Handlung durch unrichtige Angaben mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen bedroht ist. Ich versichere, dass meine Angaben den Tatsachen entsprechen.</p> <p>Ich hatte die Möglichkeit, vor Beginn der Vernehmung die Belehrungen, Hinweise und Erklärungen durchzulesen, bezu durchzulesen zu lassen und nehme Besitz zur Kenntnis. Weiters wurde mir ein Informationsblatt über die Rechte als Opfer ausgehändigt.</p> <p>..... Unterschrift vernommene Person</p> <p>Vernehmung - BA Formularversion Seite 1 von 3</p>
---	--